

CDU und SPD starten Frühstart-Rente - So spart der Staat für Kinder!

Union und SPD beschließen die „Frühstart-Rente“ für Kinder ab 2026. Staat unterstützt private Altersvorsorge mit 10 Euro monatlich.



Deutschland - Am 17. April 2025 hat die Koalition aus Union und SPD einen wegweisenden Koalitionsvertrag unterzeichnet. Ein zentrales Element dieser Vereinbarung ist die Einführung der neuen „Frühstart-Rente“, die am 1. Januar 2026 in Kraft treten soll. Diese Maßnahme ist darauf ausgelegt, die private Altersvorsorge für Kinder zu fördern.

Für Kinder im Alter von sechs bis 18 Jahren, die eine Bildungseinrichtung in Deutschland besuchen, sieht das Konzept vor, dass der Staat monatlich zehn Euro in ein Altersvorsorgedepot einzahlt. Dieses Depot ist individuell, kapitalgedeckt und privatwirtschaftlich organisiert. Nach Erreichen des 18. Lebensjahres haben die Eltern die Möglichkeit,

private Einzahlungen bis zu einem jährlichen Höchstbetrag zu tätigen. Die Erträge aus diesem Depot sind bis zum Renteneintritt steuerfrei, und das Sparkapital genießt umfassenden Schutz vor staatlichem Zugriff.

Finanzielle Absicherung im Alter

Die CDU verfolgt mit ihrem Ansatz das Ziel, den Familien zu helfen, frühzeitig ein finanzielles Polster für den Nachwuchs aufzubauen. Die Partei möchte sicherstellen, dass die finanzielle Belastung künftiger Generationen nicht überdimensional wird und keine hohen Schulden hinterlässt. Der langfristige Plan sieht vor, dass die monatlichen Einzahlungen über einen Zeitraum von zwölf Jahren auf insgesamt 1.440 Euro pro Kind anwachsen, ohne Zinsen und Rendite. Bei einer zusätzlich regelmäßigen Einlage von 50 Euro monatlich könnte das Vermögen auf etwa 200.000 Euro steigen, bei 100 Euro sogar auf rund 370.000 Euro.

Die „Aktivrente“ ist ein weiteres Element der Rentenpläne der Union. Diese ermöglicht es Ruheständlern, bis zu 2.000 Euro monatlich steuerfrei hinzuverdienen, was die Freiheit des freiwilligen Arbeitens im Alter erhöhen soll. Die CDU setzt sich dafür ein, dass das Renteneintrittsalter stabil bei 67 Jahren bleibt, um den Menschen Planungssicherheit zu bieten.

Herausforderungen der Rentenversicherung

Die demografische Entwicklung in Deutschland führt jedoch zu langfristigen Finanzierungsproblemen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Aktuelle Daten zeigen, dass 61 Prozent der Rentner weniger als 1.200 Euro netto pro Monat erhalten. Dies führt zu der Situation, dass viele Alleinstehende unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen; jeder Dritte bezieht weniger als 750 Euro netto.

Die Rentenversicherung wird überwiegend durch ein Umlageverfahren finanziert. Jedoch sinkt durch die niedrige

Geburtenrate und die steigende Lebenserwartung die Anzahl der Erwerbstätigen pro Rentner. Aktuell machen Zuschüsse aus dem Steueraufkommen etwa 30 Prozent der Rentenausgaben aus, was zu einer Belastung für den Bundeshaushalt führt.

Der wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeriums warnt vor erheblichen steigenden Finanzierungsproblemen. Der Plan, bis 2025 eine „Haltelinie“ für Rentenbeiträge von maximal 20 Prozent des Durchschnittsverdienstes einzuhalten, steht vor großen Herausforderungen. Derzeitig liegen diese Beiträge bei 18,6 Prozent. Experten plädieren zudem für eine schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis 2029, was politisch umstritten bleibt.

Die Einführung der „Frühstart-Rente“ und die Stärkung der privaten Altersvorsorge sind zentrale Maßnahmen, um diesen Herausforderungen zu begegnen und die Rentenansprüche für zukünftige Generationen zu sichern. Die CDU sieht hierin einen notwendigen Schritt zur Schaffung einer stabilen finanziellen Basis für alle Bürger in Deutschland.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der neue Koalitionsvertrag sowohl Innovationen als auch Lösungen für bestehende Probleme im deutschen Rentensystem präsentieren möchte. Die Zukunft der Altersvorsorge bleibt jedoch mit vielen Fragen und Herausforderungen konfrontiert.

Für detailliertere Informationen zur Reform der Altersvorsorge verweisen wir auf **Ruhr24**, **CDU** und **Deutschlandfunk**.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Deutschland
Quellen	• www.ruhr24.de • www.cdu.de • www.deutschlandfunk.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de